

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

24.5.1932 (No. 119)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 2515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 G. Amann,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspennig. Samstag 15 Reichspennig. — Anzeigenpreis: 14 Reichspennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsvollstreckung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeigler keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben und Räumlichkeiten werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Abnehmende Stadtbevölkerung

Die Statistik zeigt seit einiger Zeit deutlich einen Rückgang der Bevölkerungsziffern in den größeren und teilweise auch schon in den mittleren Städten. Die Ursachen liegen wohl auf dem Gebiete der natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch auf dem der Fort- und Zuzüge vom Lande in die Städte.

In den deutschen Gemeinden mit über 15 000 Einwohnern war die Heiratsziffer im Jahre 1931 wiederum um 0,9 auf je 1000 Einwohner niedriger als im Jahre 1930, obwohl schon in diesem Jahre ein Rückgang um 0,5 auf je 1000 Einwohner eingetreten war. Die Verminderung der Heiratsziffer ist eine natürliche Folge der Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und der Verelendung der breiten Massen der städtischen Bevölkerung. Aus dem gleichen Grunde geht auch die Zahl der Geburten ständig zurück. Sie war im Jahre 1931 gleichfalls um 1,3 auf je 1000 niedriger als in dem vorangegangenen Jahre. Noch bemerkenswerter ist jedoch, daß auch die Zahl der Sterbefälle, die bisher zurückzugehen pflegte, sowohl in den Großstädten wie in den Mittel- und Kleinstädten um durchschnittlich 0,2 je 1000 höher war als im Vorjahre. Das ist zum Teil eine Folge der veränderten Altersgliederung der Bevölkerung, nämlich des Überwiegens der älteren Jahrgänge, zum Teil aber auch die des starken Auftretens der Grippe und ähnlicher Erkältungskrankheiten. Infolge dieser Zunahme der Sterblichkeit einerseits und des Rückgangs der Lebendgeburten andererseits ist das natürliche Bevölkerungswachstum in den meisten Groß- und Mittelstädten sehr nahe an die Nullgrenze herabgesunken. In sechs Großstädten, nämlich in Berlin, München, Dresden, Magdeburg, Altona und Braunschweig sowie auch in fünf Mittelstädten wurden sogar bereits mehr Sterbefälle als Geburten gezählt. Nur die Großstädte mit starker Industriearbeiterschaft in Rheinland, Westfalen und in Oberschlesien wiesen noch eine verhältnismäßig starke Bevölkerungsvermehrung auf. Im Reichsdurchschnitt betrug der Geburtenüberschuss etwa 4,7 je 1000.

Dieser natürliche Bevölkerungszuwachs wurde aber in den meisten Großstädten durch einen Wanderungsverlust reichlich ausgeglichen. Das gilt insbesondere für die größeren Städte des westdeutschen Industriebezirks, wie Essen, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen usw., aber auch für Frankfurt a. M. und Mainz. In allen diesen Städten war infolge der Verschlechterung des Arbeitsmarkts und der Verdienstmöglichkeiten der Fortzug stärker als der Zuzug. Für die Gesamtheit der Großstädte ergab sich im Jahre 1931, ebenso wie schon im Vorjahre, ein Wanderungsverlust. Er betrug im Jahre 1930 bereits 60 000, im Jahre 1931 aber 102 000 oder 5,2 auf je 1000 Einwohner. Die Wanderungsverluste der Großstädte haben hiernach im letzten Jahre beträchtlich an Ausdehnung und Stärke zugenommen. So verlor z. B. Berlin rund 33 000 Einwohner oder 7,7 auf das Tausend der Bevölkerung durch Abwanderung, Hamburg fast 11 000. Von den 50 deutschen Großstädten gingen im Jahre 1931 insgesamt 39 Städte infolge Abwanderung an Einwohnerzahl zurück, und nur 11 Großstädte hatten noch einen geringfügigen Wanderungsgewinn, so z. B. Stuttgart, Magdeburg und Krefeld. Aber auch auf die Mittelstädte hat diese Abwanderungsbewegung schon übergreifen, denn auch in den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern waren die Fortzüge im letzten Jahre um rund 8000 größer als die Zuzüge. — Der Wanderungsverlust der Städte beruhte im allgemeinen nur auf dem Nachlassen der Zuwanderung, dagegen nicht auf einer vermehrten Rückwanderung nach dem ländlichen Lande. Die Steigerung der Zuwanderungen erklärt sich wohl in der Hauptsache daraus, daß infolge der gegenwärtigen allgemeinen Arbeitslosigkeit der Anreiz zum Wohnortswchsel in Fortfall gekommen ist. Es wäre jedoch wohl berechtigt, wenn man aus den jetzigen Wanderungsverlusten der Städte bereits auf das Einsetzen einer Stadtkluft schließen wollte.

Trotzdem ist der Rückgang der Bevölkerung in den Groß- und Mittelstädten infolge der verminderten natürlichen Bevölkerungszunahme und infolge des Aufhörens der Zuwanderung nach den Städten in kommunalpolitischer Hinsicht außerordentlich wichtig. Sie macht eine wesentliche Veränderung der kommunalen Wohnungsbau-, Schulbau- und auch der Bodenpolitik notwendig. Die Stadtverwaltungen, die bisher mit einer ständigen Bevölkerungszunahme rechneten, müssen aus der jetzigen entgegengesetzten Bewegung die entsprechenden Folgerungen ziehen und sich demgemäß umstellen.

Gewalttätigkeiten amerikanischer Kriegsveteranen. Einige hundert Kriegsveteranen bemächtigten sich in East St. Louis (Illinois) eines Güterzugs, um nach Washington zu fahren und ihre Forderungen nach sofortiger Auszahlung ihrer Rente vorzutragen. Sie verließen den Bahnhof nach zwölfstündiger Verweilzeit und zogen nach Einsetzen von 300 Mann Nationalgarde aus Springfield.

Letzte Nachrichten

Auswärtiger Ausschuss des Reichstags

Der Reichskanzler zur Außenpolitik

BDZ, Berlin, 24. Mai. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags traf am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fick (Katzow) zusammen. Außer dem Reichskanzler nahmen auch Reichsverkehrsminister Trevisan und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, von Bülow, an der Sitzung teil. Reichskanzler Dr. Brüning ergriff sofort das Wort, um eine ausführliche Darstellung der hauptsächlichsten außenpolitischen Probleme zu geben: Genfer Verhandlungen, Tribute, ausländische Sünden, Abrüstung, Donauprobem, Memelland und Danzig.

Der Zusammentritt des Preußenlandtags

Vor Beginn der ersten Sitzung

BDZ, Berlin, 24. Mai. (Tel.) Die Premiere des neuen Preussischen Landtags steht heute im Mittelpunkt aller Berliner Ereignisse. Bis zur letzten Stunde haben noch massenhaft Anfragen an das Landtagsbüro mit dem vergeblichen Versuch eingeeicht, Zutrittskarten zu erhalten.

Das Personal des Hauses war vor allem mit der Verteilung der ersten 50 Anträge und sonstiger Vorlagen beschäftigt, die dem Hause bereits zugegangen sind. In den Mittagsstunden hatten die Nationalsozialisten noch einmal eine Fraktionsführung anberaunt und eine Stunde vor Beginn des Plenums, also um 2 Uhr, traten die Deutschnationalen zu einer konstituierenden Fraktionsführung zusammen. Es steht jetzt fest, daß der Alterspräsident, Abg. General Eymann (Katzow), außer seinem Sohn, dem Abg. Eymann-Ostpreußen, und dem Nationalsozialisten Düster, auch die Abgeordneten Riegel (Sogdem.) und Frau Wiese (Zentr.) zu vorläufigen Besitzern in das Präsidium berufen wird.

Gesundheitsausschuss des Reichstags

BDZ, Berlin, 24. Mai. (Tel.) Der Gesundheitsausschuss des Reichstags lehnte nach Beendigung der Aussprache die Anträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten auf Aufhebung aller seit dem 1. Juli 1930 erlassenen Notverordnungen oder einzelner von ihnen mit 18 gegen 17 Stimmen ab. Für die Aufhebung trat außer den Antragstellern auch die Deutsche Volkspartei ein.

Sensationsvolle Geheimnisse in Kommunistenbesitz

BDZ, Paris, 24. Mai. (Tel.) Nach einer Meldung des „Matin“ ist die Polizei in den Besitz einer Aktenmappe geraten, die ein Kommunist namens Gauthier auf der Reise von Paris nach St. Nazaire verloren hat. Auf der Mappe wurde eine Anzahl geheimer Dokumente, die die nationale Verteidigung betreffen, so vor allem Material über die Tätigkeit gewisser Werften, gefunden. Gegen Gauthier, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, ist Haftbefehl erlassen worden.

Das Reichskabinett hat am Montag in zwei längeren Beratungen in zweiter Lesung die einzelnen Fragen der neuen Notverordnung, insbesondere die Probleme der Sozialversicherung, die Fragen der Invaliden- und Unfallversicherung, behandelt. Heute wird der Reichskanzler an der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags teilnehmen. Das Kabinett wird, wie vorgesehen, seine Beratungen fortsetzen.

Ein Notprogramm für die Gesundheitsfürsorge

Gespart muß heute auf allen Gebieten werden, selbst auf dem der so wichtigen öffentlichen Gesundheitsfürsorge. Es kommt aber darauf an, daß an der richtigen Stelle gespart wird. Auch Sparmaßnahmen können und müssen rationell sein. Das bedeutet, daß die Abbaumaßnahmen an denjenigen Stellen vorgenommen werden müssen, an denen der dadurch entstehende Schaden am geringsten ist, daß aber alle diejenigen Einrichtungen und Leistungen von Abbaumaßnahmen verschont werden, die für die körperliche und geistige Lebenshaltung des Volkes von entscheidender Bedeutung sind. Um den Abbau auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge überall in die richtigen Bahnen zu lenken, hat das Reichsministerium des Innern gemeinsam mit den sozialhygienischen Reichsverbänden ein Notprogramm für die Gesundheitsfürsorge entworfen. Das Programm erstreckt sich auf die sämtlichen Teilgebiete der öffentlichen Gesundheitspflege.

In der offenen Säuglings- und Kleinkinderfürsorge sollen bei allen denjenigen Maßnahmen keine Sparungen vorgenommen werden, die der Vorbeugung gegen dauernde Gesundheits- und Ernährungsschäden (Machtis, Tuberkulose) dienen. Einem Abbau ausgedehnter Fürsorgeeinrichtungen werden dringend widerstanden. Dagegen soll die Ausbildung weiterer Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen sowie -schwestern durch Beschränkungen der Ausbildungsplätze gedrosselt werden. Zwerghfürsorgeeinrichtungen sollen geschlossen werden. Als nicht zu den Aufgaben der Fürsorge gehörig wird die ide-

*Die Lage in Preußen

Der neugewählte Preussische Landtag tritt heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zunächst wird er sich ein Präsidium zu wählen haben. Nach dem bisherigen usus stellte die stärkste Partei den Landtagspräsidenten; die zweitstärkste Partei stellte den ersten und die drittstärkste Partei den zweiten Vizepräsidenten. Würde man nach diesem Brauch verfahren, dann würde die Nationalsozialistische Partei den Präsidenten, die Sozialdemokratische Partei den ersten Vizepräsidenten und das Zentrum den zweiten Vizepräsidenten erhalten.

Bis heute bestand jedoch noch völlige Ungewißheit darüber, ob es zu einer so gearteten Wahl kommt. Denn von nationalsozialistischer Seite war betont worden, daß man einem Präsidenten aus den Reihen ihrer Partei nicht zumuten könne, mit einem „Marschieren“ zusammen in ein und demselben Präsidium zu sitzen. Von Zentrumsseite war darauf aufmerksam gemacht worden, daß es nicht angängig sei, den Nationalsozialisten sowohl das Amt des Landtagspräsidenten, wie auch das des Ministerpräsidenten zu überlassen, weil das bei der Bedeutung, die in Preußen das Amt des Landtagspräsidenten hat, die Übertragung einer zu großen Macht an eine einzige Partei in sich schließen würde. Allerdings wurde diese Äußerung in einer Zeit veröffentlicht, als man wenigstens theoretisch noch mit der Möglichkeit rechnete, daß ein Nationalsozialist zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Diese Möglichkeit scheint heute indes nicht mehr zu bestehen.

Zu ernsthaften Koalitionsgesprächen ist es bisher überhaupt noch nicht gekommen. Hitler hat dieser Lage erklärt, die „nationalsozialistische Bewegung habe nicht 13 Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschland in irgendwelcher Koalition fortzusetzen.“ Dieser Satz, der so und so gedeutet werden konnte, ist dann in der nationalsozialistischen Presse dahin interpretiert worden, daß die Nationalsozialisten an und für sich wohl zu einer Koalition bereit seien, aber nicht zu einer Koalition, welche die bisherige Politik Deutschlands fortsetzt.

Da ernsthaftige Koalitionsgespräche überhaupt noch nicht stattgefunden haben, weiß niemand zu sagen, welche Forderungen bei der Verteilung der Ämter die Nationalsozialisten in Preußen stellen würden. Und ebenso wenig hat das preussische Zentrum Gelegenheit gehabt, sich genauer darüber auszulassen, was es praktisch unter seiner Forderung versteht, der „Staatsapparat dürfe unter keinen Umständen den Nationalsozialisten ausgeliefert werden.“

Nur in einer Beziehung hat sich noch in letzter Stunde eine gewisse Klarheit ergeben: Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands ist mit einem Aufruf hervorgetreten, welcher die begehrte Überschneidung trägt: „Note Einheitsfront gegen die Preußenreaktion“ und der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Arbeiterchaft, den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und gegen die imperialistischen Kriegsheber anbietet. Auch sonst ist in der kommunistischen Presse mit allem Nachdruck betont worden, daß die Partei bei den Wahlen und Abstimmungen alles tun würde, um eine Regie-

matische Verabreichung von Höhenstrahlung künftig abgelehnt. Für die geschlossene Fürsorge wird eine sorgfältige Prüfung der Anstaltsbedürftigkeit nach medizinischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gefordert. Unwirtschaftliche Anstalten, zu denen im allgemeinen solche mit weniger als 50 Betten zu rechnen sind, sollen ebenfalls geschlossen werden. In der halbgeschlossenen Fürsorge soll ein Abbau der Kruppen- und Kinderergärten, deren Zahl ohnehin außerordentlich gering ist, unter allen Umständen vermieden werden. Ebenso soll bei der Schwangeren- und Geburtsfürsorge kein Abbau vorgenommen werden.

In der Schulgesundheitspflege wird jede Einschränkung der schulärztlichen Tätigkeit abgelehnt, weil nur sorgfältig durchgeführte Schuluntersuchungen rationell sind. Auf die Schulspeisung soll zum mindesten nicht völlig verzichtet werden, insbesondere, wenn es sich um Kinder Erwerbsloser handelt. Doch will man nach Möglichkeit versuchen, die Unterhaltspflichtigen zur Deduktion der Unkosten mit heranzuziehen. Noch weniger darf bei der Verschickung kranker oder genesender Kinder in Heilstätten und Genußheimen viel gespart werden; doch sollen die Erholungskuren eingeschränkt und Bauten neuer Heime oder Vergrößerungen vermieden werden.

Man kann über den Wert von Notprogrammen verschiedener Meinung sein. Doch ist es wertvoll, daß den Gemeinden Anhaltspunkte gegeben werden, um den nun einmal unvermeidlichen Abbau dort vorzunehmen, wo der dadurch verursachte Schaden verhältnismäßig am geringsten ist und wo vor allem der künftigen Wiederaufnahme der vollen gesundheitsfürsorglichen Tätigkeit keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet werden.

